Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Mittwoch, 19. August 2009
Ausgabe 156

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Meldungen **2**
› Wochenend-Führung durch die Ausstellung „Nude Visions“ 2
Antworten auf Stadtratsanfragen **3**
› Bettlerproblem im Bahnhofsviertel 3

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **10**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Samstag, 22. August, 18 bis 21 Uhr, Saal des Alten Rathauses
Stadträtin Birgit Volk (SPD) begrüßt in Vertretung des Oberbürgermeisters Sportlerinnen und Sportler sowie weitere Ehrengäste zu einem Empfang anlässlich der Europameisterschaft im Goalball, die vom 21. bis 30. August stattfindet. München rückt in den Fokus des europäischen Behindertensports, wenn sich auf dem TUM Campus im Olympiapark 20 Damen- und Herrenteams aus 16 Nationen in spannenden Wettkämpfen messen.

Meldungen

Wochenend-Führung durch die Ausstellung „Nude Visions“
(19.8.2009) Die Ausstellung „Nude Visions. 150 Jahre Körperbilder in der Fotografie“ im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, gibt anhand namhafter Fotografen, darunter Franz Hanfstaengl, Wilhelm von Gloeden, Frank Eugene, Stefan Moses, Herlinde Koelbl, Jürgen Teller und Thomas Ruff einen repräsentativen Überblick über die Geschichte der Aktfotografie von ihren Anfängen bis heute. Dr. Ulrich Pohlmann, Leiter der Sammlung Fotografie, führt am Sonntag, 23. August, um 14 Uhr durch die Ausstellung. Treffpunkt ist im Foyer. Museumseintritt und Führung sind frei.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Mittwoch, 19. August 2009

Bettlerproblem im Bahnhofsviertel
Anfrage Stadtrat Richard Quaas (CSU) vom 27.3.2009

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Ihre nachstehende Anfrage vom 27.03.2009 wurde im Auftrag von Herrn Oberbürgermeister Ude in Federführung dem Kreisverwaltungsreferat zur zuständigen Beantwortung zugeleitet.

Ihre Anfrage zielt darauf ab, Informationen über polizeiliche und städtische Maßnahmen gegenüber bettelnder Personengruppen, insbesondere gegenüber osteuropäischen Bettelbanden, im Bereich des Hauptbahnhofes zu erhalten.

In Absprache mit dem Polizeipräsidium München, dem Sozialreferat und dem Referat für Arbeit und Wirtschaft können wir Ihre Fragen wie folgt beantworten:

Frage 1:
Ist den zuständigen Stellen der Stadt, die wachsende Problematik der organisierten Bettelei in der Bahnhofsgegend und den angrenzenden Innenstadtbereichen bekannt und liegen Beschwerden aus der Bevölkerung und von Geschäftsleuten vor?

Antwort des Polizeipräsidiums München:
„Das Betteln im innerstädtischen Bereich, insbesondere Bahnhofsviertel und Altstadtfußgängerbereich, ist seit einigen Jahren hinreichend bekannt.

Seit 2005 trifft die Polizei in München regelmäßig Personen, vor allem aus südosteuropäischen Ländern (schwerpunktmäßig aus der Slowakei und Rumänien) an, die der Bettelei im Innenstadtbereich nachgehen. In den darauf folgenden Jahren hatten sich deren Anzahl sowie die polizeilich festgestellten Bettelverstöße auf gleich bleibendem Niveau eingependelt und unterlagen nur geringen Schwankungen.

Mit Jahresbeginn 2009 konnte jedoch eine deutliche Steigerung der Zahlen zum Vergleichszeitraum der Vorjahre festgestellt werden.

Beschwerden von Geschäftsleuten und aus der Bevölkerung über eine zunehmende Belastung des öffentlichen Raumes durch vermehrt auftretende Bettler liegen, insbesondere auch bei den hauptsächlich betroffenen Polizeiinspektionen 11 und 14, gelegentlich vor.

Eine aktuelle Erhebung bei den betroffenen Polizeiinspektionen ergab für das Jahr 2009 weder schriftlich noch mündlich vorgetragene Beschwerden seitens der Bevölkerung. Polizeiliche Einsätze in Zusammenhang mit Bettlern resultierten überwiegend aus eigener Wahrnehmung. Mitteilungen von Geschäftsleuten über bettelnde Personen bilden die Ausnahme."

Antwort des Kreisverwaltungsreferates:
Dem Kreisverwaltungsreferat ist insbesondere das organisierte Betteln mit Schwerpunkt am Hauptbahnhof und im umliegenden Bereich hinlänglich bekannt. Für diesen neuralgischen Bereich wurden dem Kreisverwaltungsreferat in der jüngerer Vergangenheit wiederholt Hinweise von Anwohnern, Kunden der umliegenden Kaufhäuser und Geschäfte, Gewerbetreibenden und Hotels zugeleitet. Vereinzelt wurde auch über aggressive Bettelei in Form von Ansprechen, Anfassen und Festhalten von Passanten durch den in Rede stehenden Personenkreis berichtet. In aller Regel findet sog. „stille Demutsbettelei" statt, wobei die Betroffenen u.a. knieend und in mitleiderregender, flehender Körperhaltung teilweise körperliche Leiden und Behinderungen zur Schau stellen, um ihre Bedürftigkeit zu unterstreichen.

Antwort des Referates für Arbeit und Wirtschaft, Tourismusamt:
„Die Touristinformation im Hauptbahnhof, Bahnhofsplatz 2, ist unmittelbar mit Problemen durch Menschen aus den unterschiedlichsten Bereichen konfrontiert:
Dieser Eingang und die direkte Umgebung erscheint besonders von – auch bettelnden – Obdachlosen, Drogen- und Alkoholkranken aus der Gegend frequentiert zu werden. In den letzten Monaten hat sich das Problem und die Verschmutzung immer mehr verstärkt.
Touristen beklagen sich, dass sie sich oftmals ‚durchschlängeln' müssen, um in die Touristinformation zu kommen.
Auch hören wir unter anderem von Hotels von konkreten Bettlerproblemen bereits in der Schützenstraße und Schillerstraße. Die Bettler dort scheinen weniger aus dem Drogen- bzw. Obdachlosen-Bereich zu sein,

sondern machen wirklich den Eindruck von organisierten Bettlergangs aus dem Ausland."

Antwort des Sozialreferates, Stadtjugendamt:
„Auch das Sozialreferat, Stadtjugendamt, nimmt wahr, dass besonders Freitags in der Bayer-, Schützen-, Goethestraße und Umgebung ältere osteuropäische Männer und vor allem Frauen an den Bürgersteigen sitzen und auf eventuelle Spenden warten. Sie tun dies jedoch keinesfalls in aufdrängender oder aggressiver Weise, sondern murmeln allenfalls einen Dank, wenn ihnen jemand etwas gibt. Wenn ab und zu seitens der Polizei gegen die Bettelei vorgegangen wird, stößt dies bei Passanten dann eher auf Unverständnis."

Frage 2:
Wenn ja, was haben Stadt und Polizei bislang gegen diese Bettlerunwesen unternommen und wo waren die Schwerpunkte?

Frage 3:
Welche juristischen Handhabe haben Polizei und die Stadt prinzipiell, um gegen diese – offensichtlich organisierte und gewerbsmäßige – Bettelei vorzugehen?

Antwort des Kreisverwaltungsreferates:
Grundsätzlich unterliegt das sog. „stille Betteln" dem straßenrechtlichen Gemeingebrauch. Das heißt, dass diese Form des Bettelns rechtlich zulässig ist und dementsprechend auch nicht verfolgt werden kann.
Anders zu betrachten ist jedoch das sog. „organisierte Betteln" durch organisierte Bettelbanden.
Hier vertreten das Kreisverwaltungsreferat und die Polizei die Ansicht, dass diese organisierte und in gewisser Weise gewerbsmäßig ausgerichtete Form nicht mehr dem vom Gemeingebrauch umfassten Betteln unterliegt.
Daher erfüllt organisiertes Betteln den Ordnungswidrigkeitstatbestand der unerlaubten Sondernutzung.
Die Bußgeldstelle des Kreisverwaltungsreferates ahndet Verstöße mit Geldbußen von 50 Euro, die im größeren Umfang gegen den in Rede stehenden Personenkreis ausgesprochen wurden. Die genaue Anzahl der erlassenen Bußgeldbescheide kann derzeit nicht ermittelt werden. Die erteilten Geldbußen werden im Wiederholungsfall sukzessive gesteigert.
Mit Blick auf dieses Bußgeld nimmt die Polizei den organisierten Bettlern den Bettelerlös (soweit vorhanden) als sog. „Sicherheitsleistung" ab.

Antwort des Polizeipräsidiums München:
„Die Vorgehensweise gegen die organisierte Bettelei ist eng mit der Landeshauptstadt München abgestimmt.
Die wesentliche Maßnahme zur Eindämmung der Bettelei ist die konsequente Verfolgung von Satzungsverstößen und Ordnungswidrigkeiten wegen unerlaubter Sondernutzung und die damit verbundenen Sanktionsmöglichkeit in Form der Erhebung von Sicherheitsleistungen.

Aus rechtlichen Gründen ist die Anordnung einer Sicherheitsleistung erst ab einem vom Bettler mitgeführten Mindestbetrag von 5 Euro zulässig.

Neben den bereits genannten ordnungsrechtlichen Handlungsoptionen werden auch polizeirechtliche Maßnahmen wie Anordnung eines Platzverweises und in wenigen Einzelfällen die Durchführung einer Gewahrsamnahme, soweit rechtlich zulässig, durchgeführt.

Die in der Münchner Innenstadt auftretenden südosteuropäischen Bettler treten überwiegend als sogenannte stille Bettler auf. Das stille Betteln ist im Gegensatz zum aggressiven Betteln oder dem sogenannten Bettelbetrug, bei dem mittels mitgeführtem Zettel dem Passanten eine angebliche Notlage vorgetäuscht wird, strafrechtlich nicht sanktioniert.

Feststellungen der genannten strafbaren Bettelformen stellen erfahrungsgemäß eher die Ausnahme dar."

Frage 4:
Reichen die gesetzlichen Grundlagen zur Eindämmung solcher „Erscheinungen" aus oder gibt es Möglichkeiten, die Handhabe von Stadt und Ordnungskräften gegen die organisierte und offensichtlich gewerbsmäßige Bettelei z. B. durch die Einführung, bzw. Änderung von Satzungen und ähnlichen Rechtsvorschriften noch zu verbessern?

Antwort des Polizeipräsidiums München:
„Der derzeit zur Verfügung stehende rechtliche Handlungsrahmen wird konsequent ausgeschöpft. Auf Handlungsmöglichkeiten von Sicherheitsbehörden und Polizei, insbesondere auf die Erhebung von Sicherheitsleistungen, reagieren südosteuropäische Bettlergruppierungen ihrerseits durch Verhaltensanpassung."

Antwort des Kreisverwaltungsreferates:
Da eine Satzung oder Verordnung aus rechtlichen Gründen das Betteln nicht insgesamt verbieten kann, wird versucht, über konsequente Verfolgung bekannt gewordener Einzelfälle gegen das Betteln vorzugehen (siehe auch Antwort zu Fragen 2 und 3). Dabei muss ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass das Betteln eines Bedürftigen (insbesondere ortsansässigen) Bettlers grundsätzlich in der Gemeinschaft hingenommen werden muss und nicht als ungenehmigte Sondernutzung verfolgt werden kann, solange dies nicht in organisierter, gewerbsmäßiger oder gar in aggressiver Weise erfolgt.
Die Verfolgung von organisierten und gewerbsmäßigen Bettlern gestaltet sich jedoch in der Vollstreckung der Bußgeldbescheide dann als sehr schwierig, wenn die organisierten Bettler den Bettelerlös bereits an Hintermänner abgegeben haben. Eine „Sicherstellung" des Bettelerlöses durch die Polizei (im Hinblick auf das Bußgeld) scheidet in diesen Fällen aus, so dass nur noch das „normale" Bußgeldverfahren mit Vollstreckung der Bußgelder bleibt. Dieses geht i. d. R. aber ins Leere, da die betroffenen Personen in aller Regel über keinen festen Wohnsitz im Inland verfügen und sich die Beitreibung von Bußgeldern im Ausland (keine bilateralen Vollstreckungsabkommen) schwierig gestaltet.

Frage 5:
Von wie vielen Bettlern gehen die Fachleute von KVR und Polizei aus, die regelmäßig in der Bahnhofsgegend und der Innenstadt ihren „Geschäften" nachgehen?

Antwort des Polizeipräsidiums München:
Nach Erkenntnissen des Polizeipräsidiums München halten sich aktuell ca. 30 südosteuropäische Bettler zeitgleich in München auf.

Frage 6:
Wie hoch ist in München der Prozentsatz von offensichtlich in Gruppen, bzw. Banden organisierten Bettlern und wie hoch ist der Anteil von Kindern, die für diese Zwecke missbraucht werden?

Frage 7:
Handelt es sich bei den Bettlern um überwiegend ortsansässiges Klientel oder um Bettler, die organisiert von Stadt zu Stadt ziehen?

Frage 8:
Wie hoch ist der Anteil von Bettlern, die aus dem Ausland stammen und offensichtlich keinen anderen sozialen Bezug, als die Bettelei zu Deutschland und München haben?

Antwort des Polizeipräsidiums München:
„Bei den im Innenstadtbereich auftretenden Bettlern handelt es sich fast ausschließlich um Angehörige südosteuropäischer Länder. In letzter Zeit wurden keine Kinder angetroffen, ortsansässige Bettler bilden auch weiter die Ausnahme. Grundsätzlich sind die südosteuropäischen Bettler im gesamten westeuropäischen Raum anzutreffen. Der in München anzutreffende Personenkreis verhält sich hierbei jedoch relativ standorttreu. In der Regel handelt es sich um Angehörige verschiedener Großfamilien, die im zeitlichen Wechsel in München der Bettelei nachgehen."

Antwort des Sozialreferates, Stadtjugendamt, zu Frage 6:
„Minderjährige wurden beim Betteln in der Innenstadt von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht beobachtet. Ein aggressives „Schnorren" wie dies aus Bahnhofsvierteln anderer Städte bekannt ist, und eher von einheimischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen praktiziert wird, findet sich in München in der Regel nicht."

Frage 9:
Planen Stadt und Polizei die Überwachung und Kontrolle dieses Klientels zu verbessern, bzw. zu verschärfen?

Frage 10:
Gibt es Überlegungen von Seiten der Ordnungsbehörden den besonders betroffenen ansässigen Geschäftsleuten und Gastronomen, sowie den Hoteliers aktuell mit Schwerpunktaktionen zu helfen und so in der angehenden Tourismussaison für etwas annehmbare Verhältnisse zu sorgen?

Antwort des Polizeipräsidiums München:
„Im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten wird das Polizeipräsidium München auch künftig konsequent im Rahmen der personellen Möglichkeiten gegen die südosteuropäischen Bettler vorgehen. Neue Handlungsoptionen stehen auf Grund der rechtlichen Gegebenheiten nicht zur Verfügung."

Antwort des Kreisverwaltungsreferates:
Aus den Antworten zu den Fragen 2 - 4 ergibt sich, dass das Polizeipräsidium München und das Kreisverwaltungsreferat die rechtlichen Spielräume ausnutzen, um gegen das bandenmäßige und organisierte Betteln vorzugehen. Den Handlungsoptionen sind jedoch aufgrund der rechtlichen Vorgaben klare Grenzen gesetzt.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 19. August 2009

Etabliert sich München wieder als Stadt des Jazz?
Antrag Stadträtin Dr. Ingrid Anker (SPD)

Wohin mit der überschüssigen Erdwärme in der Messestadt Riem?
Anfrage Stadtrat Dr. Georg Kronawitter (CSU)

München Nachhaltig I: „Saubere“ und faire Beschaffung
Antrag Stadtrats-Mitglieder Siegfried Benker, Gülseren Demirel, Lydia Dietrich, Jutta Koller, Sabine Krieger, Dr. Florian Roth und Dr. Florian Vogel (Bündnis 90/Die Grünen)

München Nachhaltig II: Zuschüsse nur ohne ausbeuterische Kinderarbeit
Antrag Stadtrats-Mitglieder Siegfried Benker, Gülseren Demirel, Jutta Koller, Sabine Krieger und Dr. Florian Vogel (Bündnis 90/Die Grünen)

München Nachhaltig III: Keine Steine aus ausbeuterischer Kinderarbeit für den Harras-Umbau
Antrag Stadträtinnen Sabine Krieger und Sabine Nallinger (Bündnis 90/Die Grünen)

Dolmetscherdienst für gehörlose und taubblinde Bürgerinnen und Bürger
Antrag Stadträtin Nadja Hirsch (FDP)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Mechthild von Walter; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Thomas Hummel; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus

Dr. Ingrid Anker
Stadträtin

München, 19.08.2009

Etabliert sich München wieder als Stadt des Jazz?

Antrag:

Die Verwaltung wird um einen Bericht zur Situation des Jazz in München gebeten und es werden gegebenenfalls Vorschläge gemacht, wie München als Stadt des Jazz erkennbar und als Marke etabliert werden kann.

Begründung:

Nach Hochzeiten des Jazz in München mit angesagten Lokalen und Clubs (Allotria, Jenny's Place) schien zunehmend das Ende des Jazz in München gekommen und die wenigen übrig gebliebenen Etablissements kämpften ums Überleben.

In den vergangenen Jahren ist Jazz wieder ein Thema in München. Neben der Unterfahrt und der Jazzbar Vogler gibt es nun das Cafe Lido. Es finden Jazzkonzerte u. a. in der BMW-Welt, aber auch in verschiedenen Theatern und kulturellen Zentren der Stadt, im Stadtmuseum und im Gasteig (hier verbunden mit einer hochkarätigen Foto-Ausstellung) statt.

BMW vergibt mittlerweile den Jazz Award. Seit langem fand in diesem Jahr wieder ein Jazz-Festival „Jazz Lines 2009“ statt. Jazz-CD-Labels sind in München ebenso vertreten wie die Jazz-Zeitung oder Aus- und Fortbildungskurse und Workshops zum Thema Jazz und die Neue Jazzschool.

gez.
Dr. Ingrid Anker
Stadträtin

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089-23 39 26 27, Fax: 089-23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

Dr. Georg Kronawitter

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANFRAGE
19.08.09

Wohin mit der überschüssigen Erdwärme in der Messestadt Riem?

Dieser Anfrage liegt folgender Sachverhalt zugrunde: die ambitionierten Planungen der Stadt München, was den Geothermie-Einsatz im neuen Stadtteil Freiham betrifft, haben zu verschiedenen Stadtratsanfragen geführt, die auch die Erfahrungen mit dem seit Jahren laufenden Tiefengeothermie-Projekt der SWM GmbH zum Inhalt hatten.

Ein durchaus erstaunliches Ergebnis war, dass der thermische Wirkungsgrad dieses Projekts deshalb niedriger als prognostiziert sei, weil die Heisswasser-Quelle etwa doppelt so ergiebig sei. Allerdings könne die überschüssige Wärme nicht wirtschaftlich verbraucht werden, weil die Förderleitungen zu benachbarten Wohngebieten jenseits der Insel Messestadt-Riem zu lang ausfallen würden.

Aus örtlichen Installateur-Kreisen wurde nun bekannt, dass die SWM angeblich jenseits der Stadtgrenze im Gewerbegebiet Dornach (Gde. Aschheim) Kunden für ihr Fernwärmenetz akquirieren.

Vor diesem Hintergrund frage ich:

1) Welche thermische Leistung (MW) liefert die Tiefengeothermie in der Messestadt in der aktuellen Ergiebigkeit? Welche war prognostiziert?

2) Trifft es zu, dass es bei der SWM Überlegungen gibt, das SWM-Fernwärme-Inselnetz der Messestadt-Riem zum Gewerbegebiet Dornach auszudehnen?

3) Welche „toten“ Leitungslängen fallen in diesem Fall an, um das GE Dornach anzuschließen?

4) Ist geplant, dabei auch den Stadtteil Riem an das Fernwärmenetz anzuschließen, zu dem ja auch die große GEWOFAG-Wohnanlage an der Widmannstraße gehört?

5) Bis zu welchem Abstand von der Quelle Messestadt Südost-Ost ist ein Anschluss wirtschaftlich und energetisch sinnvoll? Bitte geben Sie die Abhängigkeit dieser Größe von der nachgefragten Jahreswärmemenge an.

6) Könnte die „überschüssige“ Heisswassermenge nicht auch zur Stromerzeugung benutzt werden?

gez.
Dr. Georg Kronawitter
Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765 www.wzim.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 19.08.2009

München Nachhaltig I: 'Saubere' und faire Beschaffung

Antrag

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, den Katalog sozialer, ethischer und ökologischer Kriterien bei der öffentlichen Beschaffung von Produkten für den städtischen Gebrauch weiterzuentwickeln. Davon sind v.a. folgende Produkte betroffen:

- Computer und IT-Geräte,
- Bekleidung und Textilien der Münchner Feuerwehr und in den Münchner Krankenhäusern,
- Andenken und Geschenke,
- in städtischen oder städtisch geförderten Einrichtungen verwendetes Spielzeug.

Dabei sollen gemäß der Anregungen des Vereins Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V. (WEED), des Forderungskatalogs des GoodElectronics Netzwerks und der Kampagne für 'Saubere' Kleidung als Mindestanforderungen die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO verlangt (Vereinigungsfreiheit, Recht auf Kollektivverhandlungen, Abschaffung der Zwangsarbeit, Abschaffung der Kinderarbeit, Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf) und weitere Zusatzanforderungen für menschenwürdige Arbeitsbedingungen gestellt werden (Recht auf existenzsichernde Löhne, Recht auf sichere und gesunde Arbeitsbedingungen, Einhaltung der maximalen Anzahl von Arbeitsstunden, Recht auf Arbeitsplatzsicherheit, Recht auf Aushändigung eines Arbeitsvertrags). Das GoodElectronics Netzwerk hat für den IT-Bereich darüber hinaus einen umfassenden Forderungskatalog aufgestellt, der für die Entwicklung sozialer Kriterien hilfreich ist.
Für den Bereich Ökologie sind entsprechende Kriterien zu Ressourceneffizienz und Umweltverträglichkeit in Anbau, Produktion, Nutzung und Verschrottung zu beachten, die z.T. gleichzeitig zu besseren Arbeitsbedingungen führen.

2. Darüber hinaus soll die Stadtverwaltung darauf hinwirken, dass an den Kiosken der städtischen Krankenhäuser zertifizierte Fairtrade Blumen zum Kaufen angeboten werden.

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene.rosaliste-fraktion@muenchen.de

3. Die Stadtverwaltung wird ferner gebeten, in regelmäßigen Abständen von 2 Jahren einen Bericht über den aktuellen Stand der nachhaltigen städtischen Beschaffung abzugeben.

Begründung:

Die Landeshauptstadt München hat als eine der größten und finanzkräftigsten Kommunen Deutschlands ein starkes Gewicht bei der öffentlichen Auftragsvergabe. Nach Schätzungen des deutschen Städte- und Gemeindebunds liegt das Marktvolumen aller öffentlichen Aufträge in Deutschland bei rund 360 Milliarden Euro. Kommunen sind mit ca. 60% aller Aufträge die größten öffentlichen AuftraggeberInnen. Eine konzertierte Nachfrage seitens lokaler Gebietskörperschaften nach innovativen Produkten und Dienstleistungen mit garantierten Standards bietet Firmen einen Anreiz, ihre Lieferwege zu überprüfen, in Innovation zu investieren und ihre Beschäftigungspolitik zu überdenken. München tritt aber nicht nur selbst als Nachfragerin auf den Märkten auf, sondern ist in seinem Kaufverhalten auch Vorbild. Die Stadt sollte ihre wichtige Marktstellung weiterhin dazu nutzen, eine Umorientierung von Konsummustern anzukurbeln. Eine verantwortungsbewusste Beschaffung berücksichtigt bei der Auftragsvergabe vor allem die gesamten Lebenszykluskosten, die Auswirkungen, die das Produkt auf die Umwelt hat und die Bedingungen, unter denen das Produkt oder die Dienstleistung hergestellt oder erbracht wird.
Gerade Computer, Textilien, Spielzeug und kleine Andenken wie Anstecker oder Kugelschreiber werden oftmals unter menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen und mit erheblichen Umweltschäden produziert. Die Stadt München muss daher alle Möglichkeiten nutzen, v.a. beim Einkauf von IT-Geräten, Textilien, Spielzeug, Andenken und Tombolagewinnen auf sozialen und ökologischen Kriterien bzw. Standards zu bestehen.
Der Stadtrat hat bereits im Jahre 2005 beschlossen, die kommunalen Dienststellen zum Kauf fair oder regional produzierter Blumen zu verpflichten. Die nicht regional und dennoch fair produzierten Blumen sind an dem Zertifikat FLP zu erkennen. Diese zertifizierten Blumen sollten unbedingt im Angebot der Kioske in städtischen Kliniken aufgenommen werden, da die Stadt hier mit starker Außenwirkung auf fair produzierte Blumen aufmerksam machen kann.

Die Landeshauptstadt München hat bereits mit etlichen Beschlüssen eine entscheidende Vorreiterrolle bei der sozial und ökologisch verantwortlichen Beschaffung eingenommen. Allerdings gab es nach wie vor rechtliche Unklarheiten – etwa bei der Umsetzung von Leitlinien der Procura+ Kampagne.
Tatsächlich war die Einbindung von sozialen und ökologischen Kriterien in die Ausschreibung und Vergabe lange Zeit rechtlich umstritten. Mit der im Februar 2009 in Kraft getretenen Novellierung des deutschen Vergaberechts ist nun rechtlich abgesichert, dass der öffentliche Auftraggeber neben ökologischen auch soziale Beschaffungskriterien berücksichtigen kann und darf. Nach wie vor gibt es kontroverse Interpretationen darüber, wie diese sozialen Kriterien ausgeschrieben bzw. garantiert werden können. Dennoch sind wir der Meinung, dass München hier auch weiterhin eine Vorreiterrolle einnehmen sollte. Die Kampagne Procura+ bietet öffentlichen Einrichtungen Hilfestellung bei der Umsetzung nachhaltiger Beschaffung und geht auch auf rechtliche Bedenken ein. Der Verein WEED hat einen Leitfaden zur Beschaffung von Computern nach sozialen und ökologischen Kriterien verfasst,

der entsprechende Vorschläge zur Vorbereitung und Umsetzung der Ausschreibung enthält. Die Kampagne 'Saubere' Kleidung bietet ähnliches für den Textilbereich. Als eine der größten Kommunen in Deutschland steht es München gut an, sich engagiert weiterzuentwickeln und durch das eigene Verwaltungshandeln die selbst gesteckten Ziele des Stadtrates zur Nachhaltigkeit in die Tat umzusetzen.

Bündnis '90/Die Grünen – rosa liste
Initiative:
Sabine Krieger
Siegfried Benker
Jutta Koller
Dr. Florian Vogel
Lydia Dietrich
Gülseren Demirel
Dr. Florian Roth

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 19.08.2009

München Nachhaltig II: Zuschüsse nur ohne ausbeuterische Kinderarbeit

Antrag

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, die Zuschussbestimmungen von Sozial- und Schulreferat um die verpflichtende Einhaltung der Abmachungen gegen ausbeuterische Kinderarbeit zu ergänzen. Dies betrifft die Anschaffung von:

- Bällen, Sportartikeln, Sportbekleidung, Spielwaren
- Teppiche, Wohn- und Kleidungstextilien
- Natursteine, Pflastersteine
- Lederprodukten
- Billigprodukten aus Holz
- Agrarprodukten (Kaffee, Tee, Orangensaft, Schokolade, Tomaten)

Begründung:
Bereits im Jahr 2002 hat München beschlossen, keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu beziehen. Bislang gilt dieser Beschluss jedoch nicht für die mit städtischen Geldern geförderten oder bezuschussten Projekte, Einrichtungen und Träger. Da dies v.a. im Sozialreferat sozial engagierte Angebote sind, viele davon im Kinder- und Jugendbereich, sollte die Ausrichtung hin zu mehr globaler sozialer Verantwortung selbstverständlich sein. Es wäre paradox, etwa eine Kinder- und Jugendeinrichtung mit städtischen Geldern zu fördern, die dann mit diesen Geldern Orangensaft kauft, der unter menschenunwürdigen Bedingungen von Kindern mithergestellt wurde.
Gleiches gilt für die in städtisch geförderten oder bezuschussten Sportvereinen verwendeten Produkte, wie etwa Fußbälle. Hier ist das Schulreferat bereits 2002 im Zuge der Kampagne „Made by Kinderhand – München gegen ausbeuterische Kinderarbeit“ den vorbildlichen Schritt gegangen und hat komplett auf Bälle und Produkte ohne ausbeuterische Kinderarbeit umgestellt.
Für etliche Produkte gibt es anerkannte Siegel wie etwa das TransFair-Siegel (Orangensaft, Tee, Kaffee, Schokolade, Bälle) oder das Rugmark-Siegel (Teppiche). Bei Produkten ohne entsprechendes Siegel müssen die Firmen gemäß dem Stadtratsbeschluss von 2002 einen Verhaltenskodex, eine Sozialklausel oder eine sonstige entsprechende Selbstverpflichtung vorlegen.

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene.rosaliste-fraktion@muenchen.de

München als größte Kommune in Deutschland sollte ständig engagiert daran weiter arbeiten, im eigenen Verantwortungs- und Einflussbereich stets eine Vorbildfunktion einzunehmen und die Einhaltung von Kriterien einfordern, die die selbst gesteckten Ziele des Stadtrates gegen ausbeuterische Kinderarbeit in die Tat umsetzen.

Bündnis '90/Die Grünen – rosa liste
Initiative:
Sabine Krieger
Gülseren Demirel
Dr. Florian Vogel
Siegfried Benker
Jutta Koller

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 19.08.2009

München Nachhaltig III: Keine Steine aus ausbeuterischer Kinderarbeit für den Harras-Umbau

Antrag

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert für den Umbau des Harras ausschließlich Steine zu verwenden, die mit Nachweis von Zertifizierungen wie z.B. Xertifix oder Fairstone ohne ausbeuterische Kinderarbeit abgebaut und hergestellt wurden. Hierzu soll geprüft und dargestellt werden, wie entsprechende Anforderungen in der Ausschreibung berücksichtigt werden können.

Begründung:

Die Stadt München hat bereits im Jahr 2002 beschlossen, ihre Vergabepraxis zu ändern und keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu beziehen. Seither sind viele andere öffentliche Auftraggeber dem Vorbild Münchens gefolgt. Auch haben inzwischen über 150 Kommunen in Deutschland und zahlreiche Landesparlamente wie z.B. der Bayerische Landtag ähnliche Beschlüsse gefasst. Gerade im Münchner Baureferat allerdings zeigten sich bei der Umsetzung erhebliche rechtliche Bedenken. Zusammen mit Revisionsamt und Stadtkämmerei vertrat das Referat die Auffassung, „dass es sich bei der Berücksichtigung der Kinderarbeit um ein vergabefremdes Kriterium handelt, das nur aufgrund von Bundes- oder Landesrecht berücksichtigt werden kann.“ (s. Beschluss des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 17. Juli 2002).
Tatsächlich war die Einbindung von sozialen Kriterien in die Ausschreibung und Vergabe lange Zeit rechtlich umstritten. Mit der im Februar 2009 in Kraft getretenen Novellierung des deutschen Vergaberechts ist nun rechtlich abgesichert, dass der öffentliche Auftraggeber neben ökologischen auch soziale Beschaffungskriterien berücksichtigen darf. Nach wie vor gibt es kontroverse Interpretationen darüber, wie diese sozialen Kriterien ausgeschrieben bzw. garantiert werden können. Dennoch sind wir der Meinung, dass München hier auch weiterhin eine Vorreiterrolle einnehmen sollte und bei dem großen Umbauvorhaben am Harras in einem

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene.rosaliste-fraktion@muenchen.de

Pilotprojekt ausschließlich entsprechend zertifizierte Steine verwenden sollte. Nur durch die Nachfrage entsprechender Zertifizierung kann das bestehende Angebot erhalten und erweitert werden.

München hat bereits mit wichtigen Beschlüssen z.B. gegen Produkte aus Kinderarbeit erste Schritte zu einer verantwortungsbewussten Beschaffung geleistet. Hier sollte aber eine der größten Kommunen in Deutschland nicht stehen bleiben, sondern engagiert weitermachen und durch das eigene Verwaltungshandeln die selbst gesteckten Ziele des Stadtrates gegen ausbeuterische Kinderarbeit in die Tat umsetzen.

Bündnis '90/Die Grünen – rosa liste
Initiative:
Sabine Krieger Sabine Nallinger

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene.rosaliste-fraktion@muenchen.de

FDP

FRAKTION IM STADTRAT DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN
Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, TELEFON 089/233-92644 FAX 233-20436 fdp@muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

19.08.09

Antrag Nr.:
Dolmetscherdienst für gehörlose und taubblinde Bürgerinnen und Bürger

Der Stadtrat möge beschließen:
Die Landeshauptstadt München stellt ihren gehörlosen Bürgerinnen und Bürgern für Behördengänge unentgeltlich einen Dolmetscher zur Verfügung, der im Bedarfsfall in Gebärdensprache, sowie bei Taubblinden im Lormschen Handalphabet, Übersetzungen tätigen kann.

Begründung:
Die Ausstellung eines neuen Reispasses, Personalausweises, An- und Abmeldung im Standesamt, Gespräche in Schulen und Kindergärten, Krankenhäusern etc. gestalten sich für gehörlose und/oder taubblinde Menschen zumeist sehr aufwendig und schwierig. Um die Behördenwege zu erleichtern, soll ein Dolmetscher zur Verfügung gestellt werden, der im Bedarfsfall in Gebärdensprache, sowie bei Taubblinden im Lormschen Handalphabet Übersetzungen tätigen kann.
Die entsprechende Anzahl an Dolmetschern soll von der Landeshauptstadt München je nach Bedarf angefordert und auf Honorarbasis entlohnt werden.

Die Landeshauptstadt München setzt sich dafür ein, dass ihre behinderten Bürgerinnen und Bürger einen barrierefreien Zugang zu allen städtischen Einrichtungen haben und sollte deshalb dringend dafür Sorge tragen, dass sämtliche Barrieren für gehörlose und taubblinde Menschen abgeschafft werden.

Gez.
Nadja Hirsch
Stellv. Fraktionsvorsitzende